

Briesper Tageblatt

und Anzeiger (Tageblatt und Anzeiger).

Tageszeitung
"Tageblatt", Riesa.

Semipostzeitung
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 128.

Sonnabend, 30. Mai 1896, Abends.

49. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends; mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Brieftäglichlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen im Riesa und Strieba oder durch Journale Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., bei Abholung am Schalter der Postamt 1 Mark 25 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Kaufpreis für die Nummer des Folgers ist im Haus 1 Mark 50 Pf., bei Abholung am Schalter der Postamt 1 Mark 25 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Kaufpreis für die Nummer des Folgers ist Vormittag 9 Uhr ohne Gewalt.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Rakanenstraße 89. — Für die Redaction verantwortlich: Hermann Schmidt, Riesa.

Bekanntmachung.

Mit Genehmigung der Königlichen Amtshauptmannschaft wird wegen grundhafter Herstellung des Heyda-Röbelner Kommunikationsweges derselbe vom 2. bis 7. Juni des Jahres für allen Fahrverkehr gesperrt und später über Prausitz-Mergendorf beziehentlich Poppitz verwiesen.

Heyda, am 27. Mai 1896.

Der Aufstand auf Cuba

Noch trotz der riesigen Machtentfaltung Spaniens ganz unverschämte Fortschritte. Bei einem Rückblick auf die bisherige Entwicklung der Dinge ist zunächst wahrgenommen, daß sich von Anfang an das Bestreben geltend gemacht hat, die ganze Gefahr der Lage entweder zu verleugnen oder absichtlich zu verheimlichen und eine unfreie Bogelstraßpolitik zu treiben. So kam es, daß man die ersten "Partidos", die schon Ende 1894 bis Anfang 1895 auftreten, nicht als den Beginn einer Insurrektion ansah bzw. ansehen wollte. Als dann in Madrid die Konservativen ans Ruder kamen, versprach Canovas del Castillo in einer Anhandlung von Energie, die damals nicht einmal verstanden und gewürdigt wurde, falls solches nötig sein sollte, 100 000 Mann folgen zu lassen. Hätte er diesen guten Vorfall sofort ausgeführt, so wäre heute der Aufstand zu Ende. Um aber plötzlich ein solch großes Opfer von einem nichts Böses ahnenden Lande fordern zu können, dazu gehört, daß man das Vertrauen der großen Masse besiegt. Beides schlägt den konservativen Partymännern gänzlich. Man versuchte sich deshalb mit unzulänglichen Mitteln weiter zu helfen. So verliehen denn eine nach der anderen (anstatt gleich und auf einmal) folgende Expeditionen die Häfen der Halbinsel: vom 1. bis 19. März 7500 Mann, vom 24. April bis 9. Mai 4000, vom 20. Mai bis 10. Juni 3000, vom 18. bis 27. Juni 9600, vom 31. Juli bis 30. September 29 000, vom 5. Oktober bis 30. November 26 600, vom 10. Dezember bis 28. Januar 9000, vom 12. Februar bis 10. April 22 500, zusammen mit der ersten Expedition fast 120 000 Mann.

Niemals hat eine Nation einen Kolonialkrieg mit solchen Mitteln geführt! Weshalb hat trotzdem diese Anstrengung nicht genügt, weshalb ist die Rebellion, anstatt abzunehmen, gewachsen? Antwort: Weil jede dieser Anstrengungen geringer war, als die Situation auf Cuba sie in dem betreffenden Moment erforderte! Vor April würden 20 000 Mann in Santiago de Cuba, 10 000 in Puerto Principe und 10 000 in den übrigen Theilen der Insel mit den vorhandenen Streitkräften genügt haben, um den Aufstand niederzuwerfen; es waren aber nur 12 000 Mann zur Stelle. Im September hätte es schon 150 000 Mann bedurft, um ihn zu besiegen. Der Einfall der Insurgenten in die westlichen Provinzen und gewissermaßen deren Erhebung vervielfachten dann seine Kraft und zwar nicht so sehr durch die neuen Elemente, die sich ihm angegeschlossen, als durch die um so viel größere Ausdehnung des Gebietes, das es nun zu "packen" galt, und durch den moralischen Eindruck, den diese Thatsachen nicht nur auf den Einzel selbst, sondern namentlich auch in den Vereinigten Staaten machte, wo die Ernennung Benders, die bald darauf erfolgte, dem Hof dann den Boden ausstieß.

Was ist also in dieser Lage zu machen, wenn politische Fakten vorläufig ausgeschlossen sein sollen? Vor Allem durch Geschick und entschiedenes Auftreten der Vereinigten Staaten, wo die aufständische Bewegung heute ihren kräftigsten Rückhalt hat, in Schranken halten und dann nach der Regenperiode alle Kräfte zusammennehmen und zu einem mächtigen Schlag ausspielen, indem nicht wieder heute 20 000 und morgen weitere 10 000 Mann, sondern gleich von vornherein mindestens 100 000 Mann zusammen hinzubergebracht werden, die die vier westlichen Provinzen militärisch zu besiegen haben.

Zit. Spanien zu dieser leichten großen Katastrophenfrage noch fähig? Dann muß es sich jetzt darauf vorbereiten! Kann oder will es dieses neue ungeheure Opfer nicht mehr bringen, dann ist es am vernünftigsten, sich ebenso in möglichst ehrenvoller Weise mit den Thalachen abzufinden und bessere Zeiten abzuwarten, anstatt sich langsam und unruhig zu verblassen. Denn mit der Länge der Zeit werden natürlich auch die Sympathien der Nordamerikaner für die aufständischen immer lebhafter und beflügeln sich in materieller Unterstützung derselben. Woher hat Cleveland volle Neutralität proklamirt, aber man hört doch hin und wieder,

Rühne, Gem.-Boršt.

Poppitz, am 30. Mai 1896.

Kirschenverpachtung.

Die diesjährige Kirschenverpachtung an den hierigen Communicationswegen soll Sonnabend, als den 6. Juni d. J. Nachmittags 6 Uhr im Wugischen Hofhause hier selbst unter den vor der Auction bekannt zu gebenden Bedingungen an den Weißbietenden verpachtet werden.

Brenzel, Gem.-Boršt.

doch Flottilier-Expeditionen und Schiffe mit Kriegsmaterial für die Austrändischen die kleineren nordamerikanischen Häfen verlassen und auf Cuba — unbeachtet durch die numerisch viel zu schwache spanische Flotte — landen.

So desto für Spanien nicht nur die trostlose Aussicht, trotz aller Anstrengungen die "Perle der Antillen" zu verlieren, sondern durch die aufgewandten Anstrengungen selbst noch die letzten staatlichen Lebenskräfte einzudünnen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Es wird jetzt darauf aufmerksam gemacht, daß der Dreibund bis zum Jahre 1903 verlängert ist, nachdem keiner der Kontrahenten von seinem Kündigungrecht Gebrauch gemacht hat. Die Kündigung hätte bekanntlich ein Jahr vor dem Ablauf der ersten sechs Jahre geschehen müssen, für welche der Vertrag im Jahre 1891 verlängert worden ist. Die Kündigungsfest ist also bereits am 6. Mai d. J. unbewußt verstochen und damit der Dreibund um weitere 6 Jahre, das heißt bis zum Jahre 1903 verlängert. Ein merkwürdiges Zusammentreffen ist es, daß sowohl im Jahre 1890, wie jetzt, bei der Verlängerung des Dreibunds in Italien ein Kabinett Audini am Ruder war. Die sehr gespannten Beziehungen zwischen Russland und England kennzeichnen folgende Londoner Privatmeldung: Der Bau der russischen Eisenbahnen im Murgab- und Kaschthale bis zur afghanischen Grenze nahe bei Herat und am linken Oxusufer beunruhigt die englische Regierung, weil Russland damit zu verstehen gibt, Afghanistan sei ein neutraler Staat und Russland habe in Afghanistan die gleichen Rechte wie England. Die englische Regierung erwidert nun aber, Russland habe durch die Pamirkonvention in Afghanistan nicht als neutral, sondern als einen Staat innerhalb der englischen, aber außerhalb der russischen Interessensphäre anerkannt. Die etwaige Fortsetzung der im Bau begriffenen Eisenbahnen auf afghanischen Boden ohne Befragen der Schutzmaut, werde England als unfreundliche Handlung und als entschiedenen Bruch des anglo-russischen Abkommens ansehen. Giebt nun Russland nicht nach, so ist ein schwerer Konflikt unvermeidlich.

Die "Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt gegenüber den unrichtigen Bemerkungen eines Berliner Blattes über die Frage, warum wir in Deutsch-Südwestafrika keine Eisenbahn bekommen, daß die deutsch-südwestafrikanische Compagnie den Bau vollständig vorbereite und die Trasse feststelle, jedoch mit der Ausführung warte, weil sie diese nicht ganz aus eigenen Mitteln unternehmen, sondern die Bevollmächtigung einer Subvention vom Deutschen Kaiser beantragten wolle.

Der Kaiser sollte, nach einer Meldung, am 13. Juni gleichzeitig mit den dann in Berlin anwesenden etwa 180 Mitgliedern des Vereins englischer Schiffssingenieure die Berliner Gewerbe-Ausstellung besuchen wollen, wo "nach gemeinsamem Rundgang ein Lunch eingenommen werden würde." Dem Unternehmen nach, so heißt es in der betreffenden Mitteilung weiter, "beabsichtige der Kaiser im Anschluß hieran im Auditorium des Chemiegebäudes einen Vortrag zu halten." Ein Hofberichterstatter ist in der Lage, aus zuverlässiger Quelle mitzuhören, daß die vorstehende Meldung der Begründung entbehrt, und daß es überhaupt nicht in der Absicht des Kaisers liegt, am 13. Juni die Gewerbe-Ausstellung zu besuchen.

Der Reichstagabgeordnete Dr. Bielhaben (deutsch-soziale Reformpartei) beabsichtigt aus der Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch auszutreten und begründet seinen Entschluß in einem Schreiben an seine Partei, dem wir folgende Sätze entnehmen: "Ich bin nicht in der Lage, die Verantwortung für eine weitere Tätigkeit zu übernehmen, weil ich meine, daß bei dem Umfang und der Bedeutung des Entwurfes eine eingehendere Präfung gerade von Seiten der Volksvertreter erforderlich ist, als dies bei dem beschleunigten Gang der Berathungen möglich war. Für mich persönlich tritt die An-

schauung hinzu, daß wir vor einer Rendierung der wirtschaftlichen Ordnung stehen hauptsächlich in der Richtung einer Einschränkung der Freiheit auf dem Gebiete des Gewerbelebens. Ich werde dabei wohl kaum ausdrücklich hervorheben müssen, daß ich weder an die Träume der Sozialdemokratie, noch an die nicht minder gewalttame Art der Regelung, die die Regierung jetzt begonnen hat, denke. Ein ruhiger Uebergang im Wege der Reformen würde aber wesentlich erschwert, wenn die älteren Anschauungen, namentlich die der liberalen Kera ernst festgelegt würden. Man hat meinen Ausführungen entgegengesetzt, daß die Kreise, welche in den 13½ Jahren sich mit dem Entwurf nicht beschäftigt haben, das auch in diesem Sommer nicht thun werden. Dies steht doch die Erfahrung entgegen. Jeder Abgeordnete weiß, daß bei viel einsacheren Materien, die auch die Bevölkerung viel unmittelbar angeht, z. B. Gewerbeordnung-Novelle, Budersteuer, Börsegesetz u. s. w. die beteiligten Kreise im weiteren Umfange erst der Sache näher treten, wenn eine gesetzgeberische Absicht sich zu einer Vorlage verdichtet hat. Wieiner kurzen Erzahlung nach machen sich die meisten Wünsche erst kurz vor der zweiten, sogar dritten Lesung im Plenum geltend. Das ist meines Erachtens auch natürlich, weil durch die Gewerbefreiheit jeder gezwungen ist, sich mit aller verfügbaren Zeit und allen verfügbaren Kräften dem Verlust zu widmen und er durch sie gehindert wird, sich mit Dingen zu befassen, von denen noch nicht sicher ist, daß sie Aussicht haben, Gesetz zu werden. Mir will scheinen, als ob gerade die Mitwirkung weiterer Kreise verhindert werden soll, um die Schwierigkeiten, die dem Entwurf erwachsen, nicht vermehren zu lassen. Ich würde das für eine furchtbare Politik halten, die schon bei der zweiten Lesung im Plenum so rächen wird. Abgesehen auch von allen anderen Momenten muß doch mit Rücksicht auf die Mitglieder der Kommission, die m. E. zu einer gründlichen Prüfung nicht die Zeit haben könnten, eine längere Pause zwischen der ersten und zweiten Lesung erwünscht sein. Jedenfalls bin ich nicht in der Lage, unter den gewohnten Arbeitsbedingungen die Verantwortung für das Arbeitsresultat mit zu übernehmen." — Man muß die Ausführungen Bielhabens als berechtigt durchaus anerkennen. Die Hofft, mit der das Bürgerliche Gesetzbuch, das so kolossal gelegliche Rendierungen mit sich bringt, unter Dach und Fach gebracht werden soll, kann man nicht zustimmen.

Unter der Spieldarte: "Verfehlte Sozialpolitik" schreibt das "Vaterland", das Organ der ländlichen Konservativen: "Das Bestreben, vom grünen Tische aus in allen sozialen Verhältnisse reglementieren einzutreten, zeitigt in unseren Tagen mehr als eine wunderliche Blüthe und hat besonders bei den bekannten Vorschlägen, betreffend den 8 Uhr-Schlaf der Geschäfte, von der öffentlichen Meinung eine nachdrückliche Zurückweisung erfahren. Der Normalarbeitsstag für das Büdergewerbe hat ebenfalls nur wenig Anfang gefunden und im Reichstage wie im preußischen Abgeordnetenhaus eine herbe Kritik erlitten. Auch gegen den dem Bundesrat vorgelegten Entwurf von Borschistiken für die Errichtung und den Betrieb der Buchdruckereien und Schreibereien macht sich in den beteiligten sachverständigen Kreisen ein energischer Widerstand geltend, der besonders in einer Eingabe des deutschen Buchdruckervereins an den Bundesrat Ausdruck gefunden hat. Die Eingabe tadelt mit Recht, daß der Entwurf zwei ganz verschiedene Gewerbe unter ein gemeinsames Reglement stellen will, daß er auf die außerdienliche Besiedeltheit der Betriebe und ihre Vertheilung auf Großstädte und kleine Orte keine Rücksicht nimmt und eine Reihe von Borschistiken aufstellt, deren unterschiedliche Durchführung für die einzelnen Buchdruckereibetriebe wie für das ganze Gewerbe von größtem Nachteil sein muß, ohne daß sie den Arbeitern den beabsichtigten Nutzen bringen würde. Am meisten würden von den Hauptforderungen die Druckereien in den kleineren Orten getroffen werden, und namentlich ist es die Mindesthöhe von drei Metern, der sie bei der durchschnittlich niedrigen Bauart der Häuser in kleinen Orten nicht entsprechen, und die bei genügender Größe der